



Niederschrift

über die

Sitzung des Gemeinderates

Datum: 9. Januar 2024
Uhrzeit: 19:35 Uhr - 21:32 Uhr
Ort: im Vereinsheim Humbach (Humbach 25, 83623 Dietramszell)
Schriftführer/in: Viliam Pém

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Hauser Josef
Zweiter Bürgermeister	Huber Anton
Gemeinderat	Bachmeier Thomas
Gemeinderätin	Disl Elisabeth
Gemeinderat	Fuchs Bernhard
Gemeinderat	Gams Matthias
Gemeinderätin	Grimm Ingrid
Gemeinderat	Gröbmaier Ludwig
Gemeinderat	Häsch Michael
Gemeinderat	Heuschneider Florian
Gemeinderat	Kanzler Hubert
Gemeinderat	Pallauf Martin
Gemeinderat	Pertold Jakob
Gemeinderat	Prömmer Hubert
Gemeinderätin	Spindler Maria
Gemeinderat	Suttner Hans Benno
Gemeinderätin	Wimmer Teresa

Entschuldigt:

Dritter Bürgermeister	Kranz Thomas
Gemeinderat	Huber Xaver
Gemeinderat	März Karl Johann
Gemeinderat	Raßhofer Rudolf

Inkl. Punkt 1.2 Öff.Sitzung

- 1.** Aktuelles
 - 1.1** Aktuelles in Bildern
 - 1.2** Quartalsbericht 4. Quartal 2023
- 2.** Genehmigung der öffentlichen Sitzungsniederschrift vom 07.12.2023
- 3.** Wegfall des Geheimhaltungsgrundes nichtöffentlicher Tagesordnungspunkte
- 4.** Bauleitverfahren
 - 4.1** 26. Änderung des Flächennutzungsplans Dietramszell im Bereich Schönegg Nordost, Rieder Straße - Billigungs- und Auslegungsbeschluss zur Frühzeitigen Beteiligung gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB
 - 4.2** Bebauungsplan Dietramszell Nr. 1 "Schönegg Nordost", 9. Änderung - Naturschutzfachlicher Ausgleich
 - 4.3** Bebauungsplan Fraßhausen, 3. Änderung - Einstellungsbeschluss
 - 4.4** Bebauungsplan Ascholding Nr. 12 "Nördlich der Isarstraße", 1. Änderung - Vorratsfläche für Straßenverbreiterung
 - 4.5** Bebauungsplan Baiernrain Nr. 4 "Gewerbegebiet Am Schmiedberg" - Erweiterung Geltungsbereich
- 5.** Genehmigung UVZ-Nr. 1534/2023 - Vertragsaufhebung Entwicklung EHM Gastwies
- 6.** Defizitentwicklung gemeindliche Kindergärten 2014 - 2022
- 7.** Änderung der Benutzungssatzung der gemeindlichen Kindertagesstätten vom 08.11.2022
- 8.** Änderung der Elternbeiratssatzung
- 9.** Antrag von Gemeinderat Hubert Prömmer; Bau eines Trinkwasserbrunnens in der Ortsmitte von Dietramszell
- 10.** Morsche Linde am Kirchplatz Ascholding - weiteres Vorgehen
- 11.** Vergaberichtlinien EHM Typ 1 - Anpassung der Vermögensgrenze
- 12.** Antworten zu Fragen aus dem Gremium
- 13.** Sonstiges

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Der Vorsitzende eröffnete um 19:35 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Mit der vorgelegten Tagesordnung besteht Einverständnis.

1.	Aktuelles
-----------	------------------

1.1	Aktuelles in Bildern
------------	-----------------------------

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Josef Hauser berichtet anhand von Bildern über die Teilnahme des Gemeinderats am Adventsstand vor dem Kloster, über das durch einen Biber verursachte große Loch am Straßenrand neben dem Ascholdingen Schloss, über den angebrachten Handlauf im Treppenbereich zum Einwohnermeldeamt, über den Löschein-satz am 04.01.2024 wegen eines Autobrandes zwischen Ascholding und Tattenkofen und einem Kaminbrand am selben Tag in Ascholding, über die letzten Arbeiten im Feuerwehrgerätehaus Ascholding und dem Umzug von alten ins neue Feuerwehrgerätehaus Ascholding am 04.01.2024, über die Eröffnung des Geschichtspfades, über das Halteverbot an der Ortsdurchfahrt in Fraßhausen für den Schulweg der Kinder, über das Adventssingen der Kindertagesstättenkinder für die Mitarbeiter des Rathauses und über die Pflanzung der zwei Jahrgangsbäume Am Richteranger. Weiter wurde an Hand von Bildern über den Stand der Schulhaussanierung, über den Stand der Schuldachsanierung und über den Stand der Erweiterungsbaumaßnahmen im Bereich der Bücherei berichtet. Wegen eines Stromausfalls im Klärwerk kam für einen Tag unser eigenes Stromaggregat zum Einsatz, welches sich hierbei gut bewährt hat.

1.2	Quartalsbericht 4. Quartal 2023
------------	--

Sachverhalt:

Die Verwaltung legt den Quartalsbericht für das 4. Quartal 2023 vor.

Hierbei wird über die Entwicklung der Gewerbesteuer- und Einkommenssteuereinnahmen, über den Schuldenstand, über die Höhe der Rücklagen, über die Anzahl der Bauleitverfahren und Bauanträgen, über die aktuellen Einwohnerzahlen, über die Zu- und Wegzüge, über die Geburten und Sterbefälle, über die Belegung der Kindergärten sowie über die einzelnen Pegelstände und Entnahmemengen der beiden Wasserbrunnen im Gemeindegebiet berichtet.

2.	Genehmigung der öffentlichen Sitzungsniederschrift vom 07.12.2023
-----------	--

Sachverhalt:

MGR Gröbmaier bittet um Aufnahme seines Hinweises dass im Bezug auf die persönliche Beteiligung, zukünftig die neuen Abstimmungspraktiken, wie sie die Rechtsaufsicht angemahnt hat, bei allen Gemeinderatsmitgliedern gleichermaßen angewendet werden sollen. Damit soll die zum Teil unterschiedliche Vorgehensweise der Vergangenheit keine Fortführung finden.

Beschluss 1:

Die öffentliche Sitzungsniederschrift vom 07.12.2023 wird mit der o.g. Ergänzung genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

3.	Wegfall des Geheimhaltungsgrundes nichtöffentlicher Tagesordnungspunkte
-----------	--

Sachverhalt:

Die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse sind der Öffentlichkeit bekanntzugeben, sobald die Gründe der Geheimhaltung weggefallen sind Art. 52 Abs. 3 GO. Diese sind aus der nichtöffentlichen GR-Sitzung am 07.11.2023:

4.1 Ortsdurchfahrt Dietramszell; Lehrerparkplatz, Auftragsvergabe zur Herstellung des Parkplatzes nach Einbau des Regenrückhaltebeckens**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt den Lehrerparkplatz der Grund- und Mittelschule Dietramszell zu den genannten Schätzkosten (20.968,36€) von der Firma Schulz aus Großweil mit neuen Bordsteinen und einer Tragschicht und einer Asphaltdeckschicht sanieren zu lassen.

Abstimmung: 16:0 (angenommen)

4.	Bauleitverfahren
-----------	-------------------------

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten:

Haushaltsstelle:

Verwaltungs- oder Vermögenshaushalt:

Mittel stehen zur Verfügung: Ja/Nein

Deckungsvorschlag:

Pflicht- oder freiwillige Aufgabe:

4.1	26. Änderung des Flächennutzungsplans Dietramszell im Bereich Schönegg Nordost, Rieder Straße - Billigungs- und Auslegungsbeschluss zur Frühzeitigen Beteiligung gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB
-----	--

Sachverhalt:



In seiner Sitzung am 05. September 2023 hat der Gemeinderat aufgrund der Unwirksamkeit des § 13b BauGB beschlossen, dass die 9. Änderung des Bebauungsplans Dietramszell Nr. 1 „Schönegg Nordost“ im Regelverfahren und die dazugehörige Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren durchzuführen.

Das mit der Durchführung beauftragte Planungsbüro Äußerer Wirtschaftsraum München hat nun einen ersten Vorentwurf in der Fassung vom 09.01.2024 zur Abstimmung im Gemeinderat vorgelegt.

Der wesentliche Kernpunkt der Änderung des Flächennutzungsplans ist der Geltungsbereich. Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung umfasst eine Fläche von etwa 0,38 ha. Zur Schaffung von Wohnraum, insbesondere für junge Familien im Rahmen des Einheimischen Modells, beabsichtigt die Gemeinde die Fl.-Nr. 1049 Gemarkung Dietramszell baulich zu entwickeln. Die Flurnummer liegt derzeit im planungsrechtlichen Außenbereich und wird im bisher rechtswirksamen Flächennutzungsplan als Grünfläche dargestellt. Das Plangebiet befindet sich an der nördlichen Siedlungsgrenze des Ortsteils Schönegg. Östlich schließt bestehende Wohnbebauung an, ansonsten ist das Plangebiet von landwirtschaftlichen Nutzflächen umgeben. Über eine Zufahrt zur Rieder Straße besteht Anschluss an das öffentliche Verkehrsnetz. Innerhalb des Plangebiets ist die verkehrliche und technische Erschließung herzustellen. Die 26. Änderung des Flächennutzungsplans stellt eine organische Weiterentwicklung des Ortsteils Schönegg dar.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat stellt fest, dass das MGR Bachmeier aufgrund persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 GO nicht an der Beratung und Abstimmung teilnehmen darf.

Abstimmungsergebnis: 17 : 0 (angenommen)

Beschluss 2:

1. Der Gemeinderat hat Kenntnis vom Vorentwurf zur 26. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Dietramszell im Bereich Schönegg Nordost in der Fassung vom 09.01.2024

2. Der Gemeinderat billigt den vorgelegten Vorentwurf in der Fassung vom 09.01.2024 und beschließt die Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die Frühzeitige Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB. Beide Verfahrensschritte sollen zeitgleich durchgeführt werden.

3. Die Verwaltung wird beauftragt die Beschlüsse des Gemeinderats öffentlich bekannt zu geben und die weiteren Schritte vorzunehmen.

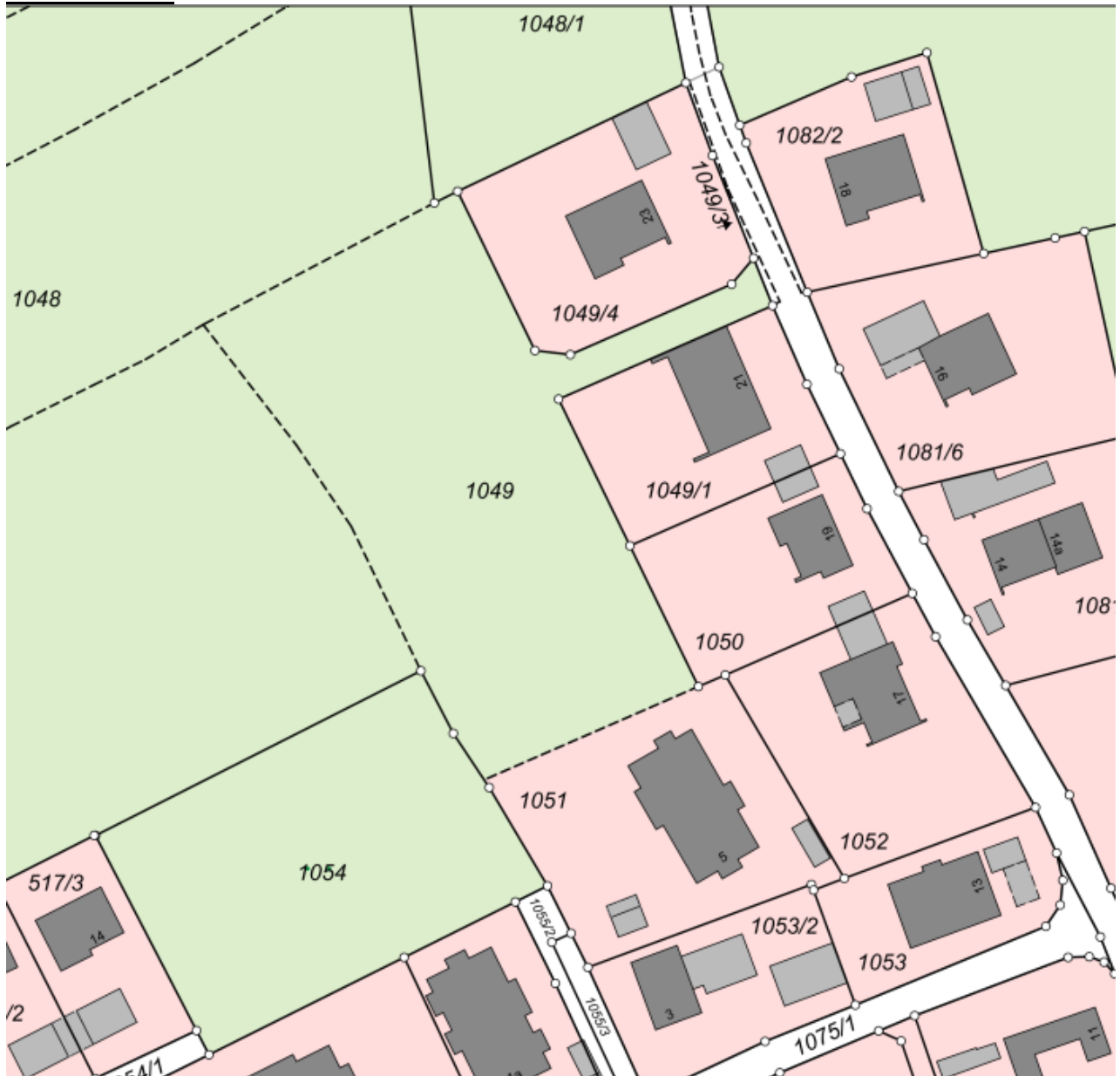
Abstimmungsergebnis: 17 : 0 (angenommen)

Abstimmungsbemerkung:

MGR Bachmeier hat gemäß Art. 49 GO an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

4.2	Bebauungsplan Dietramszell Nr. 1 "Schönegg Nordost", 9. Änderung - Naturschutzfachlicher Ausgleich
------------	--

Sachverhalt:



In seiner Sitzung am 05. September 2023 wurde der Gemeinderat darüber informiert, dass die 9. Änderung des Bebauungsplans Dietramszell Nr. 1 „Schönegg Nordost“ nicht mehr im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB durchgeführt werden kann und es wurde beschlossen das Bauleitverfahren in das Regelverfahren überzuführen. Neben der Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren ist nun auch eine Umweltprüfung durchzuführen sowie ein Umweltbericht vorzulegen und ein naturschutzfachlicher Ausgleich zu erbringen. Bei der Entwicklung von Bauland im Rahmen des Einheimischen-Modells wird auch der zu erbringende naturschutzfachliche Gesamtausgleich 50/ 50 geteilt. Der Ausgleichsumfang beträgt gesamt 5.164 Wertpunkt, somit sind 2.582 Wertpunkt von der Gemeinde zutragen und 2.582 Wertpunkte vom Grundstückseigentümer. Die Wertpunkte der Gemeinde werden auf Fl.-Nr. 224 Gemarkung Dietramszell gelegt, das Grundstück ist Teil des gemeindlichen Ökokontos. Der Anteil des Grundstückseigentümers am naturschutzfachlichen Ausgleich kann über den Erwerb von Wertpunkten aus dem gewerblichen Ökokonto der Bayerischen Staatsforsten er-

bracht werden. Hierzu wurde über die Gemeindeverwaltung eine Anfrage an die Bayerischen Staatsforsten geschickt. Der Eingriff wird dem Naturraum D66 zugeordnet, der Forstbetrieb Bad Tölz hat die Ökokontofläche „Mauserfilz“ in der Gemeinde Penzberg (ca. 20 km Luftlinie vom Eingriff entfernt) entwickelt. Der Angebotspreis pro Wertpunkt beträgt 4,20 EUR zzgl. der gesetzlich geschuldeten Umsatzsteuer. Der Preis versteht sich als Einmalzahlung und beinhaltet die Bereitstellung der Fläche solange der zugeordnete Eingriff wirkt sowie sämtliche Dienstleistungen für die Herstellung, Entwicklungs- und Unterhaltungspflege im Verpflichtungszeitraum. Auf Grund der Rechtsform der Bayerischen Staatsforsten als Anstalt des öffentlichen Rechts entfallen weitere Kosten wie z.B. für die Eintragung einer dinglichen Sicherung. Mit dem Grundstückseigentümer wurde das Angebot der Bayerischen Staatsforsten besprochen und eine schriftliche Zustimmung ist bei der Gemeinde am 12.12.2023 eingegangen. Als Vertragspartner bzw. der Ankauf der Wertpunkte bei den Bayerischen Staatsforsten wird über die Gemeinde, vertreten durch den Ersten Bürgermeister Herr Hauser, erfolgen. Die Kosten für den Ausgleich werden nach Abschluss des Verfahrens an den Grundstückseigentümer weiterverrechnet. Grundlage zur Weiterverrechnung ist der mit dem Grundstückseigentümer geschlossene städtebaulichen Vertrag vom 19. September 2019. Nach Erwerb der Wertpunkte und Anpassung des Umweltberichts kann der Bebauungsplanentwurf dem Gemeinderat in einer seiner nächsten Sitzungen zur Beratung und Abstimmung vorgelegt werden.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat stellt fest, dass das MGR Bachmeier aufgrund persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 GO nicht an der Beratung und Abstimmung teilnehmen darf.

Abstimmungsergebnis: 17 : 0 (angenommen)

Beschluss 2:

Der Gemeinderat ist mit dem vorgeschlagenen Ausgleich durch die Ursprungseigentümerin mittels Wertpunkte einverstanden.

Abstimmungsergebnis: 17 : 0 (angenommen)

Abstimmungsbemerkung:

MGR Bachmeier hat gemäß Art. 49 GO an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

4.3	Bebauungsplan Fraßhausen, 3. Änderung - Einstellungsbeschluss
------------	--

Sachverhalt:

lungswünsche die Aufstellung eines weiteren Bebauungsplans mit der Bezeichnung Bebauungsplan Fraßhausen Nr. 2 „Fraßhausen Nord“ vorgeschlagen. In seiner Sitzung am 10. Oktober 2023 hat der Gemeinderat die Aufstellung des Bebauungsplan Fraßhausen Nr. 2 „Fraßhausen Nord“ und die Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren beschlossen. Somit ist der Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplans „Fraßhausen“ vom 11. Januar 2022 aufzuheben. Der Beschluss zur 21. Änderung des Flächennutzungsplans vom 11. Januar 2022 bleibt bestehen.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat stellt fest, dass das MGR Pertold aufgrund persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 GO nicht an der Beratung und Abstimmung teilnehmen darf.

Abstimmungsergebnis: 17 : 0 (angenommen)

Beschluss 2:

Der Gemeinderat beschließt, das Verfahren zur 3. Änderung des Bebauungsplans „Fraßhausen“ aufgrund der geänderten Vorgehensweise einzustellen. Der Beschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplans „Fraßhausen“ vom 11. Januar 2022 gilt somit als aufgehoben. Der Beschluss zur 21. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich Fraßhausen vom 11. Januar 2022 bleibt bestehen.

Abstimmungsergebnis: 17 : 0 (angenommen)

Abstimmungsbemerkung:

MGR Pertold hat gemäß Art. 49 GO an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

4.4	Bebauungsplan Ascholding Nr. 12 "Nördlich der Isarstraße", 1. Änderung - Vorratsfläche für Straßenverbreiterung
------------	---

Sachverhalt:



In seiner Sitzung am 05.09.2023 hat der Gemeinderat über die Bebauung der gemeindlichen Parzellen beraten und abgestimmt. Im Nachgang der Gemeinderatssitzung vom 05.09.2023 ist die Frage aufgekommen, ob die Gemeinde für eine mögliche Errichtung eines Gehweges oder Anlage von Bankett von den Grundstückseigentümern der FlurNr. 826/7 noch ca. 0,50 m – 1,00 m als Vorratsfläche erwerben könnte. Dann würden sich die angedachte Bebauungsfläche um ca. 0,50 - 1,00 m nach Westen verschieben. Die Anfrage wurde per Mail an die Grundstückseigentümer versandt und es wurde für den 03.11.2023 ein Gesprächstermin mit Herrn Bürgermeister Hauser vereinbart. Am 18.12.2023 teilten die Grundstückseigentümer per Mail mit, dass eine Fläche von 0,5 m veräußert wird sofern eine Straßenverbreiterung aufgrund weiterer zukünftiger Bebauung notwendig wird. Bei dem Gesprächstermin wurde von den Grundstückseigentümern auch die geplante Straßenführung des Reißweg angesprochen. Um ein Helikoptergrundstück zu vermeiden wird um Änderung der Straßenführung laut beigefügtem Plan gebeten.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt das Bauleitverfahren aufgrund der Zustimmung der Grundstückseigentümer zur Veräußerung einer Fläche von 0,5 m zur Straßenverbreiterung weiterzuführen.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

Beschluss 2:

Der Gemeinderat stimmt der geänderten Straßenführung des Reißwegs laut Plan der Grundstückseigentümer vom 18.12.2023 zur Vermeidung eines Helikoptergrundstücks zu.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

4.5	Bebauungsplan Baiernrain Nr. 4 "Gewerbegebiet Am Schmiedberg" - Erweiterung Geltungsbereich
------------	---

Sachverhalt:



In seiner Sitzung am 05. September 2023 hat der Gemeinderat den Vorentwurf des Bebauungsplans vom Planungsverbund Äußerer Wirtschaftsraum in der Fassung vom 05.09.2023 gebilligt und die Frühzeitige Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit beschlossen. Aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen fand am 01. Dezember ein

Behördenübergreifender Termin zur Besprechung der Stellungnahmen statt. Unter anderem hat die Immissionsschutzbehörde an dem Termin teilgenommen. In der Immissionsschutzrechtlichen Stellungnahme wird die Erstellung einer schalltechnischen Verträglichkeitsuntersuchung empfohlen um zu prüfen ob es durch die neu hinzukommende gewerbliche Nutzung (hier Abfallbehandlungsanlage) mit den bereits vorhandenen schutzwürdigen Nutzungen zu Konflikten kommen kann. Dabei wurde vom beauftragten Gutachter angeregt das bestehende Wohngebäude auf Fl.-Nr. 34/1 Gemarkung Baiernrain in den Geltungsbereich mit aufzunehmen, da die einzuhaltenden Immissionsschutzwerte für das Gewerbegebiet dann wesentlich günstiger sind. Da die Planungshoheit bei der Gemeinde liegt wäre eine Aufnahme des Grundstücks auch ohne die Zustimmung der Grundstückseigentümer möglich. Des Weiteren könnte die Aufnahme auch dadurch begründet werden, dass das Wohnhaus als Betriebsleiterwohnung für den ehemaligen Betrieb der Firma Wiedenbauer Bonbon Spezialitäten Produktion & Vertriebs GmbH errichtet wurde. Durch die Aufnahme der Flurnummer in den Geltungsbereich entsteht den Grundstückseigentümer kein direkter Nachteil, es kann sogar ein Vorteil generiert werden, da das Grundstück im planungsrechtlichen Außenbereich liegt und über die Aufnahme in den Bebauungsplan auch eine bauliche Erweiterung ermöglicht werden kann. Dies wurde den Grundstückseigentümern bei einem Gesprächstermin am 21. Dezember 2023 mitgeteilt. Die Grundstückseigentümer sind gegenüber einer baulichen Erweiterung auf ihrem Grundstück in Form eines Baufensters für eine Lagerhalle auf Fl.-Nr. 34/2 und 34/1 Gemarkung Baiernrain nicht abgeneigt. Sofern durch die Aufnahme ein Vorteil für die Grundstückseigentümer generiert wird, wurde vereinbart diese an den Kosten des Bauleitverfahrens zu beteiligen. Hierfür wurde der Bauwunsch an den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München übersandt mit der Bitte ein Angebot für den Planungsaufwand abzugeben.

Diskussionsverlauf:

Vor der Sitzung wurde von der Familie Wanior ein offener Brief an den GR übersandt. Darin wird problematisiert, dass die derzeitige Erschließungsstraße in einem sehr schlechten Zustand ist und angeregt, dass die Gemeinde diese Straße übernehmen solle. Die Zufahrt gehört fünf Privatpersonen einer Gesellschaft und es sind 32 Eigentumsanteile. Der Gemeinderat hat zu diesem Punkt sehr kontrovers diskutiert. Aus Sicht der MGRin Disl ist das Thema der Erschließung zu diesen TOP nicht relevant. MGR Prömmer sieht aufgrund der Größe des Gebietes Probleme mit der Zufahrt. MGR Gröbmaier sieht ein rechtliches Problem in der nicht ausreichend gesicherten Straße auch hinsichtlich der Zufahrt von Feuerwehrfahrzeugen. MGR Häsch wünscht eine Erschließung, da er hier auch für die Zukunft einige Probleme sieht. MGR Pallauf sieht hier ebenfalls Schwierigkeiten, wenn wieder LKW's auf der nicht geräumten Straße hängenbleiben. Erster Bürgermeister Josef Hauser erklärt zu den Bedenken, dass die Erschließung der Straße in diesem Tagesordnungspunkt nicht das eigentliche Thema ist, sondern es hier ausschließlich um die Aufnahme der beiden Flurnummern geht.

MGR Häsch stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, über den laut Geschäftsordnung § 27 Abs. 5 sofort abgestimmt hätte werden müssen. Es ging MGR Häsch hierbei um die Klärung, ob die Sitzungsleitung gegen § 27 Abs. 1 und 6 der Geschäftsordnung verstoßen hat. Eine Abstimmung darüber wurde vom Ersten Bürgermeister mit der Aussage: " Ich unterbreche doch jetzt nicht die Sitzung, um in die Geschäftsordnung zu

schaufen" nicht durchgeführt. Der Erste Bürgermeister Josef Hauser beendete danach die sehr lebhafteste Diskussion.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt die Erweiterung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Baierndrain Nr. 4 „Gewerbegebiet Am Schmiedberg“ um die Flurnummern 34/1 und 34/2 der Gemarkung Baierndrain.

Abstimmungsergebnis: 16 : 2 (angenommen)

Beschluss 2:

Die Verwaltung wird beauftragt den entsprechenden städtebaulichen Vertrag mit den Grundstückseigentümern abzuschließen, sofern diese einen Vorteil in Form einer baulichen Erweiterung durch die Aufnahme in den Geltungsbereich erhalten.

Abstimmungsergebnis: 16 : 2 (angenommen)

5.	Genehmigung UVZ-Nr. 1534/2023 - Vertragsaufhebung Entwicklung EHM Gastwies
----	--

Sachverhalt:

Mit der Vorurkunde URNr. 478/2020 vom 30.03.2020 hat Herr Fabian von Schilcher an die Gemeinde Dietramszell eine Teilfläche von ca. 800 m² aus dem Grundstück FlurNr. 64/4 der Gem. Dietramszell verkauft. Laut Vorvertrag sollte der Bebauungsplan bis zum 30.06.2023 in Kraft treten.

Aufgrund naturschutzfachlicher Sicht wurden die angedachten Änderungen des B-Planes abgelehnt, da mit der erheblicher Beeinträchtigung oder Zerstörung von gesetzlich geschützten Biotopen nach § 30 BNatSchG/Art. 23 BayNatSchG zu rechnen wäre und auch kein überwiegendes öffentliches Interesse vorliegt (hier: Wohnbebauung).

Das beauftragte Fachbüro hat auf der potentiellen Fläche hochwertige Biotope festgestellt, von denen die größeren Anteile auch nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i.V.m. Art 23 Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG) als Biotope gesetzlich geschützt sind.

Somit kann der Vorvertrag nicht erfüllt werden und muss aufgehoben werden.

Dieser Aufhebungsvertrag wurde zwischenzeitlich unterschrieben und kann vor der Sitzung eingesehen werden.

Diskussionsverlauf:

MGR Gröbmaier weist darauf hin, dass dieser Punkt nicht in die Öffentliche Sitzung sondern in die Nichtöffentliche Sitzung gehört.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat hat Kenntnis von der Urkunde UVZ-Nr. 1534/2023 vom 12.12.2023 des Notariats Braun in Wolfratshausen und genehmigt diese vollinhaltlich.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

6.	Defizitentwicklung gemeindliche Kindergärten 2014 - 2022
-----------	--

Sachverhalt:

Nach Vorstellung der letzten Defizitentwicklung der gemeindlichen Kindertagesstätten im Gemeinderat Anfang des Jahres 2023, wurde eine fortlaufende, jährliche Betrachtung dieser Entwicklung beschlossen, um gegebenenfalls notwendige Anpassungen vorzunehmen. Als Fazit der Defizitentwicklung kann zusammengefasst werden, dass das Defizit proportional zu der Größe der Einrichtungen wächst. Die Elternbeitragsgebühren liegen nach der Erhöhung im letzten Jahr im Bereich der umliegenden Gemeinden und Trägern und erfordern deshalb nicht unbedingt eine Anpassung. Bei der Recherche der Beiträge der umliegenden Gemeinden kam auf, dass einige der Träger aufgrund des immer größer werdenden Aufwands einer Erstaufnahme eine einmalige Gebühr dafür verlangen, welche sich im Rahmen zwischen 20 und 50 € bewegt.

Diskussionsverlauf:

MGR Gröbmaier erkundigte sich nach der Ursache des jährlich steigenden Defizites und ob hierfür der erhöhte Personalbedarf die Ursache ist. Dies spielt zum Teil eine Rolle, teilte die anwesende Fachbereichsleitung Frau Knittel-Stadler mit. MGR Bachmeier wünscht, dass die Entwicklung des Defizites weiter beobachtet wird. MGR Häsch wünscht, dass diese Kostensteigerungen aufgrund der Rechtsansprüchen der Bürger hinsichtlich der Kindertagesstätten Plätze und der zukünftigen Ganztags schulbetreuung bei den Bürgermeisterbesprechungen thematisiert werden soll. Schlussendlich meint MGR Fuchs, soll dieses Thema im Rahmen der Vorberatungen der Haushaltsplanung durch den FA nochmals beraten werden und bei Änderungsbedarf eine Rückmeldung an den GR statt finden.

7.	Änderung der Benutzungssatzung der gemeindlichen Kindertagesstätten vom 08.11.2022
-----------	--

Sachverhalt:

Die unter § 3 Aufnahmebestimmungen Abs. 2 genannten Dringlichkeitsstufen a) bis e) entsprechen nicht mehr den aktuellen rechtlichen Richtlinien, zur Vergabe von Kita Plätzen. Nach Rücksprache mit der zuständigen Fachaufsicht ist sowohl eine Kopplung an das Alter der Kinder zulässig und pädagogisch begründbar, als auch eine Vergabe in der Reihenfolge der Anmeldungen. Alle anderen Angaben, über Berufstätigkeit, alleinerziehend oder verheiratet, sowie gesonderte Förderbedarfe der Kinder, kön-

nen eigenverantwortlich in der Anmeldung im Bürgerserviceportal hinterlegt und begründet werden.



BENUTZUNGSSATZUNG

für die Kindertagesstätten der Gemeinde Dietramszell (Kindertagesstättenbenutzungssatzung) vom 09.01.2024

Auf Grund der Art. 23 und 24 Abs. 1 Nr. 1 der Gemeindeordnung (GO) für den Freistaat Bayern erlässt die Gemeinde folgende Satzung:
Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Gemeinde Dietramszell nach dem BayKiBiG.

§ 1

Trägerschaft und Rechtsform

Die Gemeinde Dietramszell ist Trägerin mehrerer nach Art. 3 Abs. 1 BayKiBiG anerkannten Kindertagesstätten. Die Kindertagesstätten werden von ihr als öffentliche Einrichtung der Gemeinde im Sinne des Art. 21 GO auf öffentlich-rechtlicher Grundlage betrieben.

§ 2

Aufgaben und Verwaltung der Kindertagesstätte

- 1) Die Kindertagesstätte ist eine Einrichtung im vorschulischen Bereich. Sie dient der Erziehung und Bildung überwiegend der Kinder vom vollendeten 1. Lebensjahr bis zum Beginn der Schulpflicht. Zu diesem Zweck wird ihr ausreichend pädagogisches Fach- und Hilfspersonal beigegeben.
- 2) Die Kindertagesstätte hat gemäß Art. 14 Abs. 3 BayKiBiG einen Elternbeirat einzurichten, der die in Art. 14 Abs. 4 BayKiBiG genannten Aufgaben erfüllt.
- 3) Die Verwaltungsgeschäfte der Kindertagesstätte obliegen der Gemeindeverwaltung.

§ 3

Aufnahmebestimmungen

- 1) In die Kindertagesstätte werden nach Maßgabe der Abs. 2 und 3 nur Kinder aufgenommen, die ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben.
- 2) Die Aufnahme in die Kindertagesstätte erfolgt im Rahmen der verfügbaren Plätze, sowie nach vorhandenen Personal- und Raumangebot. Sind nicht genügend freie Plätze vorhanden, so werden die Plätze dem Alter entsprechend, in absteigender Reihenfolge vergeben. Innerhalb einer Dringlichkeitsstufe erfolgt die Aufnahme in der Reihenfolge der Anmeldungen.
- 3) In begründeten Ausnahmefällen können Kinder, die ihren Wohnsitz nicht in der Gemeinde Dietramszell, sondern in umliegenden Gemeinden haben, widerruflich in die Kindertagesstätte aufgenommen werden, wenn noch Platz vorhanden ist und auch keine weiteren Anmeldungen für Kinder aus dem Dietramszeller Gemeindebereich vorliegen. Der Aufnahmeantrag der Personensorgeberechtigten muss online über das Bürgerservice-Portal erfasst werden; er ist mit einer Stellungnahme der Kindertagesstätte an den Träger der Kindertagesstätte weiterzuleiten, welcher dann die Entscheidung über eine mögliche Aufnahme trifft. Die Aufnahme kann zum Ende eines Kindertagesstätten Jahres, jedoch spätestens am 15. Juni des lfd. Jahres widerrufen werden.
- 4) Die gemeinsame Sorge der Eltern, die nicht miteinander verheiratet sind, tritt nicht automatisch mit der Geburt des Kindes ein. Die Mutter hat grundsätzlich die elterliche Sorge allein (§ 162a Abs. 2 BGB). Ausnahme: Die Eltern erklären, dass sie die Sorge gemeinsam übernehmen wollen (Sorgeerklärung) oder sie sind verheiratet (§ 1626a Abs.1 Nr.1 und Nr.2 BGB). Die entsprechende Sorgeerklärung ist bei nicht verheirateten Eltern beim Aufnahmegespräch vorzulegen, da sonst vom alleinigen Sorgerecht der Mutter auszugehen ist. Der Vater ist somit ohne Zustimmung der Mutter weder abholberechtigt noch erhält er Auskunft über den aktuellen Entwicklungsstand des Kindes. Der Nachweis der Sorgeerklärung ist ebenfalls bei getrenntlebenden Eltern notwendig.

Sollten die von den Personensorgeberechtigten zu unterzeichnenden Buchungsbelege sowie ggf. Sorgeerklärung, Negativbescheid etc. (als notwendiger Vertragsbestandteil) bis zum Datum des tatsächlichen Starts des Kindes der Einrichtungsleitung nicht vollständig vorliegen, kann eine Aufnahme des Kindes zu diesem Zeitpunkt verweigert werden.

§ 4

An- und Abmeldung

- 1) Die An- und Abmeldung erfolgt online über das Bürgerservice-Portal durch die Personensorgeberechtigten (Personensorgeberechtigter ist im Sinne dieser Satzung, wem nach dem bürgerlichen Recht die Personensorge des Kindes obliegt).
- 2) Die Anmeldung erfolgt jedes Jahr für das kommende Kindertagesstätten Jahr, in der Regel im März des Jahres. Vom genauen Zeitpunkt werden die Personensorgeberechtigten alljährlich durch ortsübliche Bekanntmachung in Kenntnis gesetzt und auf der Seite des Bürgerservice-Portals informiert. Eine spätere Anmeldung während des Kindertagesstätten Jahres ist möglich, wird jedoch nachrangig behandelt.
- 3) Die Personensorgeberechtigten sind verpflichtet, bei der Anmeldung Angaben zur Person zu machen, soweit diese für die Aufnahme nach § 3 erforderlich sind. Auf Anforderung sind entsprechende Belege beizubringen.
- 4) Jede Anmeldung wird in einer Anmeldeliste vermerkt, sofern die Voraussetzungen für eine Aufnahme für das kommende Kindertagesstätten Jahr gegeben sind.
- 5) Beim Fernbleiben von der Kindertagesstätte auf voraussichtlich längere Dauer, insbesondere bei längerer Krankheit, oder beim Vorliegen sonstiger Gründe, insbesondere bei Wegzug, sind die Kinder rechtzeitig abzumelden.

§ 5

Aufnahme

- 1) Über die Aufnahme der angemeldeten Kinder entscheidet zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Leiterin der Kindertagesstätte oder deren Vertreterin im Benehmen mit den Erzieherinnen. Die Gründe für die getroffene Entscheidung sind festzuhalten. Die Personensorgeberechtigten werden von der Aufnahme bzw. von der Nichtaufnahme baldmöglichst verständigt. Die Anmeldung erfolgt ausschließlich online über das Bürgerservice-Portal. In diesem Postfach erhalten die Eltern auch alle Informationen über die Platzvergabe. Es ist ein Antwortschreiben innerhalb einer Frist nach Platzvergabe an die Einrichtung zurück zu senden, ob der Platz weiterhin benötigt wird. Sollte die Rückmeldung nicht innerhalb der im Antwortschreiben genannten Frist erfolgen, erlischt der Rechtsanspruch auf einen Platz.
- 2) Kinder, die mangels freier Plätze nicht aufgenommen werden können, werden in eine Vormerkliste eingetragen. Für die Vergabe freiwerdender Plätze gelten die §§ 3, 4 und 5 entsprechend.
- 3) Die Anmeldung ist immer zum Ersten eines Monats möglich.

§ 6

Öffnungszeiten

1) Folgende Öffnungszeiten werden angeboten:

Kindertagesstätte Ascholding, Eglinger Str. 3

Mo - Do 7.30 Uhr – 16.00 Uhr

Freitag 7.30 Uhr – 14.30 Uhr

Kindertagesstätte Linden, Kindergartenweg 10,

Mo - Do 7.30 Uhr – 16.00 Uhr

Freitag 7.30 Uhr – 14.30 Uhr

Kindertagesstätte Dietramszell, Klosterplatz 1/Am Richteranger 20

Mo - Do 7.00 Uhr – 16.00 Uhr

Freitag 7.00 Uhr – 14.30 Uhr

- 2) Die Kernzeit für alle Kindergartengruppen ist von 8.30 – 12.30 Uhr, verteilt auf 5 Tage in der Woche.
Die Kernzeit für alle Krippengruppen ist von 8.45 – 11:45 Uhr, verteilt auf 3 aufeinanderfolgende Tage in der Woche.

Das Bringen und Holen soll nicht in der Kernzeit, die der pädagogischen Arbeit zur Verfügung steht, stattfinden. So sollen Besprechungen mit dem Personal der Kindertagesstätten außerhalb der Kernzeit stattfinden.

3) Die weiteren Buchungszeiten sind wie folgt gestaffelt:

Mindestbuchungszeit - pädagogische Betreuung (für Kitakinder)

3 bis einschl. 4 Stunden Buchungszeit (nur für Krippenkinder)

4 bis einschl. 5 Stunden Buchungszeit (für Kiga- und Krippenkinder)

5 bis einschl. 6 Stunden Buchungszeit (für Kiga- und Krippenkinder)

6 bis einschl. 7 Stunden Buchungszeit (für Kiga- und Krippenkinder)

7 bis einschl. 8 Stunden Buchungszeit (für Kiga- und Krippenkinder)

8 bis einschl. 9 Stunden Buchungszeit (für Kiga- und Krippenkinder))

Die Öffnungszeiten können mit der Einrichtungsleitung und dem Elternbeirat dem Jeweiligen Bedarf angepasst werden.

- 4) An gesetzlichen Feiertagen und während der folgenden Zeiten bleibt die Kindertagesstätte geschlossen:
 - a) während der Sommerferien, immer die zweite, dritte und vierte Woche des Monats August
 - b) während der Weihnachtsferien, ab dem 24. Dezember bis einschließlich 6. Januar

Zusätzliche Schließungen werden in Absprache mit der jeweiligen Einrichtungsleitung und dem Elternbeirat rechtzeitig festgelegt und bekannt gegeben.

§ 7

Verpflegung

- 1) Es wird ein warmes Mittagessen angeboten (Extrabuchung). Der Träger übernimmt keine Haftung für die ausgegebenen Speisen.
- 2) Für das Mittagessen ist gem. der aktuell gültigen Gebührensatzung eine monatliche Pauschale (11 Monate) zu entrichten. Die Kosten sind von den Personensorgeberechtigten zu tragen.

§ 8

Besuchsregeln und Aufsichtspflicht

- 1) Die Personensorgeberechtigten sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass ihr Kind die Kindertagesstätte regelmäßig besucht. Die jeweiligen Öffnungszeiten sind einzuhalten. Kann das Kind die Gruppe nicht besuchen, ist die Einrichtungsleitung unverzüglich zu verständigen.
- 2) Die Kinder dürfen nur von den Personensorgeberechtigten oder den schriftlich bevollmächtigten Personen von der Kindertagesstätte abgeholt werden. Bevollmächtigte Personen müssen dabei mindestens das 16. Lebensjahr vollendet haben. Dem

pädagogischen Personal bleibt es vorbehalten zu prüfen, ob die abholende Person befähigt ist, für das Wohl des Kindes zu sorgen.

- 3) Die Aufsichtspflicht des Kindertagesstätten Personals beginnt mit der Übergabe des Kindes an das pädagogische Personal der Kindertagesstätte und endet mit der Übergabe des Kindes an den Abholberechtigten. Auf dem Weg zur und von der Kindertagesstätte obliegt die Aufsichtspflicht den Personensorgeberechtigten.

§ 9

Ausschluss eines Kindes vom Besuch der Kindertageseinrichtung

- 1) Ein Kind kann vom weiteren Besuch der Kindertagesstätte ausgeschlossen werden, wenn
 - a) es wiederholt (mehr als 3 x) unentschuldig gefehlt hat,
 - b) die Personensorgeberechtigten wiederholt und nachhaltig gegen Regelungen der Betreuungsvereinbarungen verstoßen, insbesondere die vereinbarten Betreuungszeiten nicht eingehalten werden (z.B. regelmäßiger Besuch, pünktliches Abholen und Bringen der Kinder)
 - c) das Kind wiederholt und nachhaltig gegen Regeln der Betreuung verstößt,
 - d) das Kind aufgrund schwerer Verhaltensauffälligkeiten sich oder andere gefährdet oder den Verhältnissen der Hygiene nicht entspricht,
 - e) die Personensorgeberechtigten ihre Mitwirkungspflichten laut gesetzlichen Bestimmungen (insbes. IfSG) oder dieser Satzung wiederholt und nachhaltig nicht nachgekommen sind,
 - f) die Personensorgeberechtigten ihre Mitwirkungspflichten in Zusammenarbeit mit der Leitung oder dem Personal (z.B. Rückgabe von Buchungsvereinbarungen, Vorlage von Sorgerechtsklärungen etc.) nicht nachkommen, insbesondere richtige und vollständige Angaben zu machen,
 - g) die Personensorgeberechtigten mit ihren Zahlungsverpflichtungen für zwei Monate im Rückstand sind.
- 2) Der Ausschluss ist unter Fristsetzung vorher anzudrohen.
- 3) Bei Änderungen der Buchungsbelege im laufenden Kindertagesstätten Jahr sind diese innerhalb einer Frist von 2 Wochen vollständig und unterzeichnet an die Einrichtungsleitung zurück zu geben. Das Fehlen der Buchungsbelege als notwendiger Vertragsbestandteil, kann dazu führen, dass die neuen Buchungszeiten nicht genutzt werden dürfen.
- 4) Die Entscheidung über den endgültigen oder vorübergehenden Ausschluss trifft der Bürgermeister mit der Einrichtungsleitung. Der Ausschluss ist schriftlich zu verfügen, zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

- 5) Ist ein Kind vom weiteren Besuch der Kindertagesstätte ausgeschlossen worden, so ist nach Maßgabe des § 5 Abs. 3 ein anderes Kind aufzunehmen.

§ 10

Sprechzeiten und Elternabende

- 1) Während der Öffnungszeiten nach § 6 Ziffer. 1 sollen Besprechungen mit der Kindertagesstätte unterbleiben. Gelegenheit dazu besteht beim Bringen der Kinder sowie nach Vereinbarung mit der Gruppen- oder Einrichtungsleitung.
- 2) Elternabende sollen mindestens zweimal im Kindertagesstätten Jahr (01.09.-31.08.) stattfinden.

§ 11

Medikamentenvergabe, Krankheit und Anzeige

- 1) Das Personal der Kindertagesstätte darf dem Kind grundsätzlich keine Medikamente verabreichen, außer es dient einer lebensrettenden Maßnahme. Dies ist durch ein ärztliches Attest zu belegen.
- 2) Benötigt ein Kind regelmäßig Medikamente, kann im Einzelfall mit den Personensorgeberechtigten eine entsprechende schriftliche Ausnahmerevereinbarung getroffen werden, um dem Kind die Teilnahme an der Betreuung in der Kindertagesstätte zu ermöglichen.
- 3) Kinder, die erkrankt sind, dürfen die Kindertagesstätte während der Dauer Ihrer Erkrankung nicht besuchen.
- 4) Erkrankungen sind der Leitung der Kindertagesstätte unverzüglich, möglichst unter Angabe des Krankheitsgrundes mitzuteilen; die voraussichtliche Dauer der Erkrankung soll angegeben werden.
- 5) Leidet ein Kind an einer ansteckenden Krankheit gemäß §34 Abs. 1 bis 3 Infektionsschutzgesetz (IfSG) oder an dem Befall von Läusen, ist die Kindertagesstätte von der Erkrankung und der Art der Erkrankung unverzüglich zu unterrichten (§34 Abs. 5 IfSG). Gleiches gilt, wenn Familienmitglieder oder ein Mitglied der Wohngemeinschaft des Kindes an einer ansteckenden Krankheit leiden. In Fällen von besonders schwerwiegenden Erkrankungen, kann ein negatives Attest bei Wiedereintritt in die Kindertagesstätte verlangt werden.
- 6) Personen die an einer ansteckenden Krankheit leiden, dürfen Räume der Kindertagesstätte nicht betreten.

§ 12

Unfallversicherungsschutz

- 1) Aufgenommene Kinder stehen kraft Gesetzes nach SBG VII §2 Abs. 1 Nr. 8a unter Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung. Danach sind die Kinder auf dem direkten Weg zur und von der Kindertagesstätte, während des Aufenthaltes in der Kindertagesstätte sowie während Veranstaltungen der Kindertagesstätte unfallversichert.
- 2) Die Personensorgeberechtigten haben Unfälle auf dem Weg unverzüglich der Kindertagesstätten Leitung mitzuteilen.

§ 13

Haftung

- 1) Die Gemeinde haftet für Schäden, die im Zusammenhang mit dem Betrieb der Kindertagesstätten entstehen, nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.
- 2) Außerhalb der Öffnungszeiten findet keine Aufsicht statt.
- 3) Unbeschadet von Abs. 1 haftet die Gemeinde für Schäden, die sich aus der Benutzung der Betreuung in der Kindertagesstätte ergeben, nur dann, wenn einer Person, deren sich die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Verpflichtung bedient, Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit zur Last fällt. Insbesondere haftet die Gemeinde nicht für Schäden, die durch Dritte verursacht werden.
- 4) Für mitgebrachte Gegenstände, die das Kind dem Personal nicht zur Aufbewahrung übergibt, kann nicht gehaftet werden. Für Verlust, Verwechslung oder Beschädigung der Garderobe und der Ausstattung der Kinder wird keine Haftung übernommen.
- 5) Bei mutwilliger Beschädigung des Eigentums der Kindertagesstätte haben die Personensorgeberechtigten Schadensersatz zu leisten. Privatrechtliche Ansprüche gegenüber Dritten bleiben hiervon unberührt.

§ 14

Datenschutz

- 1) Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Gemeinde Dietramszell und über Ihr Recht nach dem Bayerischen Datenschutzgesetz und der Datenschutzgrundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner/innen in Datenschutzfragen, entnehmen Sie bitte den Informationsschreiben der Verwaltung. Die Informationen finden Sie unter <http://www.dietramszell.de/index.php/kontakt-links/datenschutzhinweise> . Alternativ erhalten Sie diese auch bei der Verwaltung der Gemeinde Dietramszell.
- 2) Die in dieser Satzung beschriebene Datenverarbeitung erfolgt nach den jeweils gültigen Rechtsgrundlagen (BayDSG i.V.m. der DSGVO) und ausschließlich zu dem in der Satzung festgelegten Zweck. Eine Zweckänderung bedarf ausdrücklich der Einwilligung des Betroffenen.

§ 15

Inkrafttreten

Die Satzung tritt zwei Wochen nach Bekanntgabe in Kraft.

Dietramszell, _____

GEMEINDE DIETRAMSZEL

Josef Hauser

1. Bürgermeister

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten:	-
Haushaltsstelle:	-
Verwaltungs- oder Vermögenshaushalt:	-
Mittel stehen zur Verfügung:	Ja/Nein
Deckungsvorschlag:	-
Pflicht- oder freiwillige Aufgabe:	

Diskussionsverlauf:

MGR Gröbmaier erkundigt sich, ob für Geschwisterkinder eine Bevorzugung bei der Unterbringung in der gleichen Kindertagesstätte möglich ist. Dies ist jedoch aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Beschluss 1:

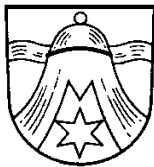
Der Gemeinderat beschließt die im obigen Sachverhalt vorgeschlagene Anpassung der Benutzungssatzung der gemeindlichen Kindertagesstätten.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

8.	Änderung der Elternbeiratssatzung
----	-----------------------------------

Sachverhalt:

Aufgrund der Umstellung der Elternbeiratskonten auf eine eigenverantwortliche Verwaltung durch die Elternbeiräte, bedarf es einer Anpassung in der gemeindlichen Elternbeiratssatzung unter § 2 Abs. 1d.

**Satzung für den Elternbeirat der gemeindlichen Kindertagesstätten**

Die Gemeinde Dietramszell erlässt aufgrund von Art. 23 und Art. 24 Abs.1 Nr.1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern i.d.F. d. Bek. Vom 22.08.1988 (GVBl. S. 796), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2007 (GVBl. S. 958) folgende Satzung:

§ 1**Elternbeirat für die gemeindlichen Kindertagesstätten**

1. Für jede gemeindliche Kindertagesstätte wird ein Elternbeirat gebildet, der die Interessen der Personensorgeberechtigten vertritt.
2. Eltern im Sinne der Satzung sind die jeweiligen Personensorgeberechtigten.

3. Der Elternbeirat regelt seine Angelegenheiten in eigener Verantwortung und gibt sich eine Geschäftsordnung. Diese enthält Bestimmungen über die den Elternbeirat betreffenden Angelegenheiten.

§ 2

Rechte und Aufgaben des Elternbeirates in einer gemeindlichen Kindertagesstätte

1. Der Elternbeirat nimmt alle den Bereich einer Kindertagesstätte betreffenden Belange wahr. Dabei ist es insbesondere seine Aufgabe:
 - a) die einrichtungsinternen Interessen der Personensorgeberechtigten für die Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder gegenüber der Gemeinde zu vertreten,
 - b) Wünsche und Anregungen der Elternbeiräte sowie der Personensorgeberechtigten zu erörtern,
 - c) das Vertrauensverhältnis zwischen Personensorgeberechtigten, den Elternbeiräten und der Gemeinde Dietramszell als Träger der Einrichtungen zu vertiefen, mit allen Beteiligten vertrauensvoll zusammenzuwirken und diese rechtzeitig zu informieren,
 - d) **die eigenständige und pflichtbewusste Verwaltung der Gelder des Elternbeirats. Dies geschieht im Vier-Augen-Prinzip zwischen Kassier und dem Elternbeiratsvorsitzenden.**
2. Der Elternbeirat ist in der Regel zwei Wochen vor der Umsetzung von Entscheidungen zu unterrichten, die grundsätzliche Angelegenheiten der Kinder in der Einrichtung betreffen. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen der Gemeinde, die die Rechte und Pflichten der Personensorgeberechtigten von Kindern in Kindertageseinrichtungen betreffen.
3. Der Elternbeirat hat ein Mitspracherecht, jedoch kein Entscheidungsrecht. Dies gilt insbesondere in folgenden Belangen:
 - a) Abstimmungen über Schließzeiten und vertretende Einrichtungen
 - b) Überprüfung der Kita-Konzeption, Anregung zur Neuaufnahme von Themen
 - c) Diskussion zu Investitionen im Gebäude und an den Außenanlagen, Abstimmungen über Umbauten oder Erweiterungsmaßnahmen
 - d) Kauf neuer Spielgeräte und Spielzeuge
 - e) Abstimmung zur Verpflegung im Kindergarten
 - f) Einstellung weiterer Erzieher, Finden von Kooperationen
 - g) Höhe der Elternbeiträge
 - h) Aufteilung der Kindergruppen sowie Gruppengrößen

- i) Ausbau von Förderangeboten
- 4. Die Gemeinde Dietramszell prüft Anregungen, Vorschläge und Stellungnahmen, die vom Elternbeirat im Rahmen seiner Aufgaben nach §2 Abs. 1 und 2 dieser Satzung übermittelt werden, binnen einer Frist von drei Monaten und teilt das Ergebnis mit, wobei im Falle der Ablehnung das Ergebnis zu begründen ist. Soweit der Erledigung nicht fristgerecht erfolgen kann, werden Zwischenberichte erteilt.
- 5. Ansprechpartner des Elternbeirats im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Gemeinde Dietramszell als Träger der Kindertagesstätten sind der Fachbereich Kindertagesstätten und der Geschäftsleiter der Gemeinde Dietramszell.

§ 3

Amtszeit

Die Amtszeit beginnt mit dem ersten Zusammentreffen des Elternbeirats und endet mit dem ersten Zusammentreffen des neuen Elternbeirats im folgenden Kindertagesstätten Jahres.

- 1. Die Tätigkeit im Elternbeirat ist ehrenamtlich. Eine Entschädigung für diese Tätigkeit wird nicht geleistet.
- 2. Die Ämter als Mitglied des Elternbeirats enden mit dem Ablauf der Amtszeit, der Niederlegung des Amtes oder dem Verlust der Wählbarkeit, insbesondere am Ende der Betreuung des Kindes/der Kinder der Gewählten/des Gewählten in der jeweiligen Kindertageseinrichtung.
- 3. Scheidet einer der Funktionsträger aus dem Elternbeirat aus, wird innerhalb des Elternbeirats diese Funktion erneut durch Wahl vergeben. Kann der durch die Funktionsübernahme durch ein Mitglied des Elternbeirats freiwerdende Sitz im Elternbeirat (ohne Funktionsmandat) mangels eines Ersatzmitglieds nicht nachbesetzt werden, findet keine Nachwahl statt.

§ 4

Geschäftsgang

- 1. Der Elternbeirat tagt grundsätzlich öffentlich.

Sollten die zu behandelnden Tagesordnungspunkte dies notwendig machen, wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Elternbeirat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und mindestens die Hälfte der Mit-

glieder anwesend ist. Die Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

2. Die/der Vorsitzende beruft den Elternbeirat nach Bedarf zu den Sitzungen ein, mindestens jedoch dreimal im Jahr. Er muss einberufen werden, wenn ein Drittel der Mitglieder dies beantragt.
3. Der Elternbeirat muss die Gemeinde Dietramszell auf Verlangen des Fachbereiches Kindertagesstätten hören.

Er kann zur Beratung einzelner Angelegenheiten weitere Personen einladen. Hierzu zählen auch Mitarbeiter der Kindertagesstätten, insbesondere die Kindertagesstätten Leitung.

4. Über die Sitzungen des Elternbeirats sind Protokolle anzufertigen und vom Schriftführer und dem Vorsitzenden bzw. dem Sitzungsleiter zu unterzeichnen.

§ 5

DSGVO

Die Elternbeiräte sind als eigene datenschutzrechtlich verantwortliche Stelle tätig. Eine Bestellung eines Datenschutzbeauftragten ist nicht erforderlich.

1. Soweit es um eine Verarbeitung personenbezogener Daten z. B. der Personensorgeberechtigten geht, gelten für den Elternbeirat die Grundsätze der EU-DSGVO: Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten haben die Elternbeiratsmitglieder nicht nur die Verschwiegenheitsverpflichtung zu beachten, sondern auch Maßnahmen zu ergreifen, um die von ihnen (elektronisch oder konventionell auf Papier) verarbeiteten personenbezogenen Daten der betroffenen Personen (also in der Regel Daten von Personensorgeberechtigten und Krippen-, Kindergarten- oder Hortkindern) vor unbefugtem Zugriff und Zugang zu schützen (Art.25 Abs. 2 EU-DSGVO). Generell gilt, dass die im Rahmen der Tätigkeit in einem Elternbeirat erhaltenen personenbezogenen Daten auch nur für diese Zwecke verarbeitet werden dürfen. Ferner ist sicherzustellen, dass die personenbezogenen Daten der betroffenen Personen unverzüglich gelöscht/vernichtet werden, wenn diese nicht mehr zur Aufgabenerfüllung benötigt werden (Art.25 Abs. 2 Satz 2 EU-DSGVO). Ein Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten ist nach Art. 30 Abs. 5 EU-DSGVO von Elternbeiräten nicht zu führen, zumal nur wenig Mitgliederpersonenbezogene Daten verarbeitet werden und die Verarbeitung nur gelegentlich erfolgt.

2. Zulässig ist die Übermittlung durch die Kindertagesstätten Leitung von Namen und Anschrift der einzelnen Personensorgeberechtigten an die jeweiligen Vorsitzenden des Elternbeirats, wenn dies zu deren Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Die Elternvertreter dürfen diese Daten aber auch bei einem Elternabend direkt von den anderen Personensorgeberechtigten erheben, soweit diese die Daten freiwillig angeben. Die Elternbeiräte dürfen die Kontaktdaten der Personensorgeberechtigten verarbeiten, soweit es zu ihrer Aufgabenerfüllung tatsächlich erforderlich ist. Eine Übermittlung dieser Daten an andere Personen oder Stellen ist zu unterlassen. Angelegenheiten einzelner Kinder die die Kindertagesstätte besuchen, können die Elternbeiräte nur mit Zustimmung von deren Personensorgeberechtigten behandeln.
3. Bei einem Versand an mehrere Empfänger ist grundsätzlich darauf zu achten, dass die Empfänger nicht die E-Mail-Adressen der anderen Empfänger sehen können. Für solche Fälle ist es wichtig, die Verteilerlisten nicht als Empfänger bei „An“ oder „cc“ einzugeben, sondern stets bei „bcc Blind Carbon Copy“ (Blindkopie) einzutragen.
4. Für die Nutzung von WhatsApp und ähnliche Messenger Dienste gilt insbesondere:
Die Nutzung solcher Apps ist u.a. nur zulässig, wenn hierfür mit dem Anbieter ein Vertrag nach den Vorgaben des Art. 28 EU-DSGVO abgeschlossen ist, weil es sich um eine sogenannte Auftragsdatenverarbeitung handelt. Die bloße Einwilligung in AGBs erfüllt diese Anforderung nicht. Ferner muss der Dienstleister Gewähr dafür bieten, dass er eine Datenverarbeitung gemäß den Vorgaben der EU-DSGVO durchführt. Aus diesen Gründen rät die Gemeinde von einer Nutzung von WhatsApp aus datenschutzrechtlichen Gründen ab.

Alternativen könnten SMS oder Telefonanrufe sein.

Darüber hinaus wird Folgendes empfohlen:

- a) Werden personenbezogene Daten zu Hause aufbewahrt, ist jeder unbefugte Zugriff zu verhindern.
- b) Unterlagen mit personenbezogenen Daten sollten zu Hause möglichst in einem abschließbaren Schrank oder Fach aufbewahrt werden.
- c) Elektronisch gespeicherte personenbezogene Daten sollten in verschlüsselter Form abgelegt werden. Hierfür können Tools wie VeraCrypt, AxCrypt, 7-zip oder Ähnliches genutzt werden. Auch ist eine Verschlüsselung von Laufwerken mit Mitteln des Betriebssystems möglich.
- d) Spätestens nach Ende der Tätigkeit als Elternvertreter sind sämtliche Unterlagen entweder dem Nachfolger zu übergeben oder zu vernichten. Die Ver-

nichtung von Papier sollte mit einem Aktenvernichter/Schredder erfolgen, hierfür kann der Schredder der Gemeinde genutzt werden

§ 6

Wahlverfahren

Der Elternbeirat besteht aus Vertretern der Personensorgeberechtigten in der jeweiligen Kindertagesstätte.

1. Die Personensorgeberechtigten wählen aus Ihrer Mitte 2 Elternvertreter pro Gruppe. Dabei sollen möglichst alle in der Kindertagesstätte vertretenen Betreuungsarten (Kinder bis zu drei Jahren, zwischen drei Jahren und Einschulung, ab Einschulung) vertreten sein. Wahlberechtigt sind die Personensorgeberechtigten der in der jeweiligen Kindertagesstätte betreuten Kinder. Nicht wahlberechtigt sind dabei Mitarbeiter/-innen aus den gemeindlichen Kindertagesstätten sowie Mitarbeiter/-innen des Fachbereichs Kindertagesstätten, deren dienstliche Aufgaben in einem engen sachlichen Zusammenhang mit den Aufgaben und Tätigkeiten der gemeindlichen Kindertagesstätte stehen.
Interessierte Personensorgeberechtigte können sich am 1. Elternabend oder bis spät. 7 Tage danach bei der jeweiligen Gruppenleitung zur Wahl aufstellen lassen. Die Einladung zur Wahl, mit Ausgabe der Stimmzettel an die Personensorgeberechtigten, erfolgt durch die Kindertagesstätten Leitung innerhalb von 14 Tagen nach dem 1. Elternabend im neuen Kindertagesstätten Jahr.
2. Die Wahl erfolgt schriftlich und geheim. Sie wird durch persönliche Stimmabgabe mittels eines Stimmzettels vorgenommen.
3. Die Anzahl der auszuhändigenden Stimmzettel an die Personensorgeberechtigten richtet sich nach der Zahl der pro Familie in der jeweiligen Einrichtung betreuten Kinder. Das Stimmrecht kann von einem Elternpaar nur einheitlich ausgeübt werden. Ungültig sind Stimmzettel, welche die Namen nicht wählbarer Personen enthalten.
4. Pro Stimmzettel darf nur 1 Stimme vergeben werden unabhängig von der Anzahl der aufgestellten Eltern-Vertreter.
5. Die Stimmzettel sind innerhalb der auf dem Stimmzettel angegebenen Frist zurückzugeben. Stimmzettel welche später eingehen, werden bei der Wahl nicht berücksichtigt.
6. Die Auszählung wird durch den scheidenden Elternbeirat in Zusammenarbeit mit der Kindertagesstätten Leitung durchgeführt. Ausgeschlossen sind Elternbeiratsmitglieder, welche sich erneut haben aufstellen lassen.

7. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.
8. Über die Durchführung der Wahl, ggf. die Entscheidung über eine offene oder geheime Abstimmung, Ermittlung und Feststellung eines Wahlergebnisses und über die Erklärung der Annahme bzw. Ablehnung der Wahl wird eine Niederschrift gefertigt, die vom Fachbereich Kindertagesstätten bis zur nächsten Wahl bewahrt wird.
9. Die Leitung der Kindertagesstätten teilt das Wahlergebnis unverzüglich schriftlich dem Fachbereich Kindertagesstätten mit. Die Bekanntgabe des Wahlergebnisses an die Eltern erfolgt durch die Vorsitzenden der Elternbeiräte in den einzelnen Kindertageseinrichtungen.
10. Die gewählten Mitglieder des Elternbeirats wählen aus Ihrer Mitte eine-/n Vorsitzende-/n und eine-/n stellvertretende-/n Vorsitzende-/n. Des Weiteren wählen die Mitglieder des Elternbeirats aus Ihrer Mitte eine-/n Schriftführer-/in sowie eine-/n Schatzmeister-/in. Die Zuordnung von speziellen Aufgabengebieten bzw. Projekten ist jederzeit möglich. Die Wahl kann geheim oder im Wege der offenen Abstimmung erfolgen. Entscheidend ist, dass alle Wahlberechtigten ausdrücklich und einstimmig mit einer Alternative einverstanden sind. Hierüber ist abzustimmen.

§ 7

Wahlanfechtung und Wahlprüfung

1. Jeder/Jede Wahlberechtigte kann binnen vierzehn Tagen nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses die Wahl wegen Verletzung der Wahlbestimmungen durch schriftliche Erklärung bei der Gemeinde Dietramszell anfechten.
2. Die Gemeinde Dietramszell hat die Wahl für ungültig zu erklären, wenn Wahlbestimmungen verletzt wurden.
3. Die Entscheidung ist zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und den Betroffenen zuzustellen.
4. Wenn nach Abs. 2 dieser Vorschrift die Wahl durch eine rechtskräftige Entscheidung für ungültig erklärt worden ist, hat die Gemeinde Dietramszell unverzüglich eine Neuwahl anzusetzen, die innerhalb eines Monats nach Eintritt der Bestandskraft stattfinden soll.

§ 8
Inkrafttreten

Die Satzung zwei Wochen nach Bekanntgabe in Kraft.

Dietramszell, _____

GEMEINDE DIETRAMSZELL

Josef Hauser

1. Bürgermeister

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten:	-
Haushaltsstelle:	-
Verwaltungs- oder Vermögenshaushalt:	-
Mittel stehen zur Verfügung:	Ja/Nein
Deckungsvorschlag:	-
Pflicht- oder freiwillige Aufgabe:	

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt die im obigen Sachverhalt vorgeschlagene Anpassung der Elternbeiratssatzung.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

9.	Antrag von Gemeinderat Hubert Prömmer; Bau eines Trinkwasserbrunnens in der Ortsmitte von Dietramszell
----	--

Sachverhalt:

Mit anliegendem Antrag vom 18.12.2023 beantragt Herr Gemeinderat Hubert Prömmer den Bau eines Trinkwasserbrunnens in der Ortsmitte von Dietramszell.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten:	ca. 6.500 € - 10.000 € netto ohne Montage und Fracht, zzgl. Zuleitung und Ableitung
Haushaltsstelle:	8810.94001
Verwaltungs- oder Vermögenshaushalt:	Vermögenshaushalt
Mittel stehen zur Verfügung:	Nein
Deckungsvorschlag:	Kosten müssen in neuen Haushalt eingeplant werden
Pflicht- oder freiwillige Aufgabe:	Freiwillige Aufgabe

Diskussionsverlauf:

MGR Prömmer erklärt, dass es sich hier nicht um einen Brunnen sondern um einen Wasserspender handelt. Für die Gemeinderäte Bachmeier, Fuchs und Häsch fehlen noch zusätzliche Kostenangaben, hinsichtlich Montage, Unterhalt inkl. der Kosten für die anfallenden Kontrollarbeiten durch die Gemeindemitarbeiter. MGR Gröbmaier verweist auf staatliche Fördermittel, mit denen die Anschaffungskosten zu etwa 90 Prozent gedeckt würden.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt grundsätzlich den Bau eines Trinkwasserspenders im Bereich gegenüber der Eisdiele, am Rand des neuen Geschichtspfads bei der vorhandenen Ruhebänk.

Abstimmungsergebnis: 6 : 12 (abgelehnt)

10.	Morsche Linde am Kirchplatz Ascholding - weiteres Vorgehen
------------	---

Sachverhalt:

Der Kirchplatz in Ascholding gehört der Gemeinde Dietramszell. Dort steht eine circa 100 Jahre alte Linde. Von dieser ist wieder ein größerer Ast abgebrochen. Die Linde wurde circa 2005/2006 bereits einmal „saniert“. Dabei wurde die Krone großflächig zurückgeschnitten und Bodeninjektionen vorgenommen.

Am Kirchplatz befindet sich auch die Haltestelle für die Schulkinder. Des weiteren stehen dort regelmäßig geparkt Fahrzeuge der Kirchen- und Wirtshausbesucher.

Aufgrund unserer Verkehrssicherungspflicht ist dringender Handlungsbedarf gegeben.

Hier gibt es zwei Optionen:

1. Untersuchung durch einen Baum-Sachverständigen und dann noch mal großzügiger Rückschnitt der Baumkrone.
2. Fällung des Bestandsbaumes und Ersatzpflanzung einer neuen Linde.

Um Beratung und Beschlussfassung wird gebeten.

Diskussionsverlauf:

MGR Pallauf schlägt vor, dass der Bauhof den Baum zurückstutzen soll. MGR Wimmer hat Bedenken hinsichtlich der emotionalen Lage der Bürger.

Beschluss 1:

Fällung des Bestandsbaumes und Ersatzpflanzung einer neuen Linde. Durch einen Aufruf im Gemeindeblatt soll der Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden, durch finanzielle Spenden die Pflanzung eines größeren Baumes zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

11.	Vergaberichtlinien EHM Typ 1 - Anpassung der Vermögensgrenze
-----	--

Sachverhalt:

In der GR-Sitzung am 07. Dezember 2023 wurde nachfolgender Sachverhalt besprochen und Beschluss gefasst:

Der Ankauf eines Grundstücks für das Baugebiet in Linden Süd im Rahmen des EHM Typ 1 inkl. Nebenkosten und Umsetzung des Bauvorhabens mit einem Eigenkapital von maximal 250.000,00 € wird von der Verwaltung als unrealistisch bewertet. Des Weiteren erscheint eine Finanzierbarkeit als schwierig.

Der Gemeinderat wurde nochmals um Beratung und Beschlussfassung zur Anhebung der Vermögensgrenze beim Einheimischen-Modell Typ 1 gebeten.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt, dass der 1. BGM den Ankaufsvertrag mit den Ursprungseigentümern hinsichtlich der Vereinbarungen der Weiterveräußerungen überprüft. Das Ergebnis ist in der Januarsitzung 2024 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 17 : 0 (angenommen)

Nach Überprüfung des Ankaufsvertrages kann festgestellt werden, dass im Vertrag keine Vereinbarung bzgl. der Art und Weise einer Weiterveräußerung getroffen wurde. Der Vertrag wurde zur Entwicklung eines Baugebietes abgeschlossen. Es wurde im Vertrag nicht vermerkt, dass die Weiterveräußerung im Rahmen des EHM Typ 1 erfolgen muss.

Dies ist jedoch in den GR-Beschlüssen zur Genehmigung der Vorurkunde URNr. 2102/2016 wie auch in der Nachtragsurkunde UVZ-Nr. 416/2022 benannt.

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund der erheblichen Größe der Grundstücke bedarf es einer Erhöhung der Vermögensgrenze, damit sowohl das Grundstück veräußert und auch das Bauvorhaben an sich umgesetzt werden kann.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten:

Haushaltsstelle:

Verwaltungs- oder Vermögenshaushalt:

Mittel stehen zur Verfügung: Ja/Nein

Deckungsvorschlag:

Pflicht- oder freiwillige Aufgabe:

Diskussionsverlauf:

MGR Gröbmaier und MGR Fuchs sehen ein Problem in der Auflösung des Einheimischen-Modell (EHM) Typ 1 und schlagen das Heranziehen des EHM Typ 2 in diesem Fall vor

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die Veräußerung der beiden fraglichen Grundstücke in Lothen West anhand des Typs II darzustellen und dem Gemeinderat zur Beratung und Abstimmung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

12.	Antworten zu Fragen aus dem Gremium
------------	-------------------------------------

Sachverhalt:

- 1. Antwort auf die Frage zu Top Ö 5.1 aus der Sitzung vom 07.12.2023 von MGR Häsch: „Warum in Hechenberg keine Veränderungssperre möglich war?**

Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Die Möglichkeit einer Veränderungssperre wurde von der Bauverwaltung nicht verneint sondern lediglich als wenig aussichtsreich eingestuft. Unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben wäre eine Veränderungssperre grundsätzlich möglich gewesen. Im Rahmen

der Planungshoheit der Gemeinde hätte dazu entweder der bestehende Bebauungsplan geändert werden müssen in dem die Fl.-Nr. 968 Gemarkung Hechenberg in den Geltungsbereich mit aufgenommen wird oder es hätte ein neuer Bebauungsplan aufgestellt werden müssen. Eine Veränderungssperre kann nur über einen künftigen Bebauungsplan erlassen werden und nicht für eine Satzung nach § 34 BauGB oder § 35 BauGB. Für eine rechtssichere Veränderungssperre in Hechenberg und um den Vorwurf der Verhinderungsplanung zu entgehen hätte jedoch bei Fassung des Aufstellungsbeschlusses bereits ein Mindestmaß des planerischen Konzepts vorliegen und beschlossen werden müssen. D.h. der positive Planungswille der Gemeinde muss erkennbar sein, denn eine Veränderungssperre darf nicht dazu dienen Vorhaben lediglich zu verhindern. Ein unbeplantes Grundstück kann daher nicht rechtssicher Teil einer Veränderungssperre sein und die Gemeinde müsste mit Entschädigungsansprüchen rechnen. Da für die Fl.-Nr. 968 kein planerisches Konzept vorlag und der Vorwurf der Verhinderungsplanung im Raum stand wurde eine Veränderungssperre als wenig aussichtsreich eingestuft. Des Weiteren wurde die Klage durch den direkten betroffenen Nachbarn mehr Aussicht auf Erfolg versprach und ein geringeres Risiko für die Gemeinde hinsichtlich Entschädigungsansprüche wurde die Möglichkeit der Veränderungssperre nicht weiter verfolgt.

Definition Veränderungssperre (diese wurde auf Nachfrage MGR Häsch vom 17.01.2023 beim Kreisbauamt Bad Tölz-Wolfratshausen angefragt und dem Bauausschuss in seiner Sitzung am 28.02.2023 vorgelegt)

„Die Aufstellung einer Veränderungssperre dient gem. § 14 BauGB dazu die Planung der Gemeinde nach Fassung eines Aufstellungsbeschlusses für das künftige Planungsgebiet zu sichern. Voraussetzung zum Erlass einer Veränderungssperre ist demnach der Aufstellungsbeschluss für einen künftigen Bebauungsplan. Hier ist der Aufstellungsbeschluss für den künftigen Bebauungsplan nicht obligatorisch, sondern notwendige Voraussetzung zum Erlass einer Veränderungssperre.“

Des Weiteren wird für den Erlass einer Veränderungssperre ein „Mindestmaß“ an planerischer Vorstellung und Festsetzungen für den künftigen Bebauungsplan verlangt. Es sollte hier zumindest grob die städtebauliche Idee des Bebauungsplanes sowie bereits erste Vorstellungen zu Art und Maß der baulichen Nutzung im künftigen Bebauungsplanangebot getroffen werden. Die Verhängung einer Veränderungssperre ohne jegliche Vorstellung, wie das planerische Konzept im Bebauungsplan aussehen soll, ist unzulässig und würde von uns nicht angewandt werden. Ebenso wäre eine Veränderungssperre, die lediglich der Verhinderung von unliebsamen Bauvorhaben dient, unzulässig.

Letztendlich führt eine Veränderungssperre zwar dazu, dass Vorhaben, die den künftigen Festsetzungen des Bebauungsplanes widersprechen, unzulässig sind. Der Zweck der Veränderungssperre liegt jedoch darin die künftige Planung der Gemeinde zu sichern und nicht Bauvorhaben zu verhindern und dann zu planen.

Es müssen daher zum Erlass einer Veränderungssperre zwei Voraussetzungen zwingend erfüllt werden:

1. *Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan muss gefasst und öffentlich bekannt gemacht worden sein. Die Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplanes muss unbedingt vor der Bekanntmachung der Veränderungssperre liegen, sonst ist die Veränderungssperre unwirksam.*
2. *Der Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes muss bereits ein Mindestmaß an planerischen Festsetzungen (Art und Maß der Nutzung, sonstige Festsetzungen etc.) enthalten. Eine ausschließliche Verhinderungsplanung ist unzulässig.“*

2. Weitere Anfragen aus der GR-Sitzung vom 07.12.2023:

In der Gemeinderatssitzung vom 07.12.2023 wurden im Top „Sonstiges“ durch die Gemeinderatsmitglieder Heuschneider und Raßhofer drei Aufträge an die Verwaltung benannt. Diese werden in der Gemeinderatssitzung am 06.02.2024 beantwortet.

13.	Sonstiges
------------	-----------

Sachverhalt:

MGR Fuchs verweist auf die Homepage der Gemeinde Dietramszell und auf die Schaltfläche Förderprogramm „Dietramszell vernetzt“ hin. Hier verbirgt sich eine Leistung welche eventuell als Repräsentationsmöglichkeit für die zwei Arbeitsgemeinschaften Energie und Umwelt und Baukultur, mit je einer eigenen Homepage, genutzt werden könnte. Die Verwaltung soll hierfür die Kosten eruieren.

Josef Hauser
Erster Bürgermeister

Viliam Pém
Schriftführung